

**2. Vergabekammer
beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt**

Beschluss

Az.: VK 2 LVwA LSA – 06/08

In dem Nachprüfungsverfahren der

...

Verfahrensbevollmächtigte:

...

Antragstellerin

gegen

...

vertreten durch den ...

Antragsgegner

wegen der Erteilung der Genehmigung von Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes im Hoheitsgebiet der Antragstellerin hat die 2. Vergabekammer beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt am 11.07.2008 durch den Vorsitzenden Oberregierungsrat Oanea, den hauptamtlichen Beisitzer Winklhofer und die ehrenamtliche Beisitzerin Steinforth beschlossen:

Der Antrag wird verworfen.

Die Antragstellerin hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Die Kosten werden auf ... € festgesetzt.

Die Antragstellerin hat dem Antragsgegner die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung notwendigen Aufwendungen zu erstatten.

Gründe

I.

Der Antragsgegner führte ein Genehmigungsverfahren für Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes in seinem Hoheitsgebiet durch.

Die Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes erfolgte am 06.03.2008.

Schlußtermin für die Einreichung der Angebote war der 21.04.2008.

Es handelte sich dabei um kein förmliches Vergabeverfahren nach VOL/A.

Unter Punkt 1.2 seines Leistungsverzeichnisses zur Abgabe eines Angebotes weist er darauf hin, dass für die Erteilung der Genehmigung das Rettungsdienstgesetz Sachsen-Anhalt (RettDG LSA vom 21.03.2006, GVBl. LSA 2006, S. 84) Anwendung findet. Als Leistungszeitraum hat er den 01.01.2009 bis 31.12.2014 vorgesehen.

Am 18.03.2008 bat die Antragstellerin den Antragsgegner telefonisch um die Zusendung weiterer Kalkulationsangaben.

Der Antragsgegner kam dieser Bitte teilweise nach. Die Antragstellerin rügte mit Schreiben vom 26.03.2008 (beim Antragsgegner eingegangen am 28.03.2008), dass für sie mit der fehlenden Übergabe ihrer gewünschten zusätzlichen Daten eine erhebliche Verkürzung der Kalkulationszeit eingetreten sei. Diese Daten würden für ihre Leistungskalkulation des Betriebsüberganges gemäß § 613a BGB benötigt. Das wären Personaldaten der in den Einrichtungen beschäftigten Mitarbeiter des, wie Alter, Anzahl der Kinder, Betriebszugehörigkeit, Qualifizierung, Eingruppierung, Tarifwerk. Des Weiteren handele es sich auch um Angaben des Vermieters der Rettungswachen und Fragen zu den vorhandenen Rettungsmitteln.

Mit Schreiben vom 09.04.2008 teilte die Antragstellerin dem Antragsgegner mit, dass sie trotz erhaltener Angaben ihre Rüge aufrecht erhalten müsse, da weiterhin aus ihrer Sicht kalkulationserhebliche Daten fehlten.

Es wurde um eine Beantwortung bis spätestens 16.04.2008 gebeten.

Der Antragsgegner hat die Fragen zum Teil mit Schreiben vom 15.04.2008 beantwortet.

Die Antragstellerin hat davon abgesehen, ein Angebot abzugeben.

Sie stellte bei der 2. Vergabekammer des Landes Sachsen-Anhalt beim Landesverwaltungsamt Halle am 23.05.2008 einen Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens gemäß § 107 ff. GWB.

Sie ist der Auffassung, dass für das Vorhaben zwingend das Vergaberecht Anwendung finde müsse.

Der Rechtsweg zu der Vergabekammer sei eröffnet. Anders als in der Rechtsprechung vertreten, sei die Wahrnehmung rettungsdienstlicher Aufgaben und des qualifizierten Krankentransportes nicht unmittelbar der hoheitlichen Betätigung des Staates zuzurechnen. Vielmehr habe die EU-Kommission festgestellt, dass es sich in jedem Fall um marktgängige Leistungen handle (Aufforderungsschreiben gem. Art. 266 EGV vom 10.04.2006 - Az.: SG (2006) D 201642 an Deutschland). Dies ergebe sich auch aus der Vorschrift des § 11 RettDG LSA.

Sie sehe sich nicht in der Lage, ein eigenes Angebot abzugeben, da ihr wesentliche Informationen vorenthalten würden. Sie hätte ihr Angebot nicht sicher kalkulieren können. Dadurch würde sie die Chance verloren haben, den Zuschlag zu erhalten.

Sie beantragt,

durch geeignete Maßnahmen Sorge dafür zu tragen, dass die Vergabe von Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes nur im Wege eines transparenten und diskriminierungsfreien Vergabeverfahrens vergeben werde.

Der Nachprüfungsantrag wurde dem Antragsgegner am 23.05.2008 mit der Aufforderung, bis zum 28.05.2008 Unterlagen und Stellungnahme zu übersenden, zugestellt.

Der Antragsgegner beantragt,

den Antrag zurück zu weisen.

Er teilt mit, dass er die Genehmigungen bereits am 23.05.2008 vor Eingang des Nachprüfungsantrages erteilt hat.

Die Genehmigungen stellten einen Verwaltungsakt dar.

Die Auswahl wäre nach dem RettDG LSA getroffen worden.

Einen Wettbewerb gem. §11 Abs. 1 Nr.3 RettDG LSA wäre zustande gekommen, indem vier im Hoheitsgebiet des Antragsgegners bereits tätige Leistungserbringer zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert worden sind.

§ 11 Abs. 2 RettDG LSA regelt, dass für das Angebotsverfahren die Vorschriften des Vierten Teils des GWB angewandt werden könnten. Dies bedeute nicht, dass die Anwendung dieser Vorschrift zwingend sei. Der Antragsgegner habe dies gegenüber den Anbietern eindeutig zum Ausdruck gebracht. Damit würde das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.07.2005 BGBl. I S. 2114, zuletzt geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 18.12.2007 BGBl. I S. 2966) für das vorliegende Genehmigungsverfahren nicht gelten.

Er bezeichnet die Anträge der Antragstellerin als unzulässig und unbegründet.

Mit Schreiben vom 25.06.2008 teilte die Vergabekammer dem Antragsteller mit, dass der Antrag nach ihrer vorläufigen Auffassung unzulässig sei. Die Rettungsdienstleistungen und der qualifizierte Krankentransport seien nicht als Marktleistung zu qualifizieren, vielmehr handele es sich hierbei um hoheitliche Aufgaben.

Die Vergabekammer beabsichtige, auf eine mündliche Verhandlung zu verzichten.

Hierzu erhielt die Antragstellerin die Möglichkeit, Stellung zu nehmen.

Die Antragstellerin führte aus, dass es für Rettungsdienstleistungen in der Bundesrepublik Deutschland, wie auch in der Europäischen Union, einen Markt gäbe. Auch ergebe sich aus § 2 Abs. 1 Satz 2 des Rettungsdienstgesetzes Sachsen-Anhalt nicht, dass die Leistungen nicht dem Vergaberecht unterliegen sollen. Allein die Tatsache, dass Aufgaben der Daseinsvorsorge und der Gefahrenabwehr in Rede stünden, schließe die Anwendung des Vergaberechts nicht aus. Bei anderer Betrachtungsweise müsse für einen Großteil von Bau- und Dienstleistungen (z. B. Abfallentsorgung, Bau von Krankenhäusern, Betrieb von Telekommunikationseinrichtungen), die ebenfalls die Daseinsvorsorge betreffen, entsprechendes gelten. Der Antragsgegner habe die ausgewählten Bewerber zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert. Zwar stelle § 11 Abs. 2 RettDG LSA die Anwendung des Vergaberechts in das Ermessen des Trägers des Rettungsdienstes, aber aufgrund der höherrangigen Vorschrift des § 100 Abs. 1 GWB sei das Ermessen auf Null reduziert.

Auch aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs ergebe sich, dass das Vorliegen der Voraussetzungen für die Ausübung öffentlicher Gewalt nur in engen Ausnahmefällen angenommen werden könne. Diese Voraussetzungen lägen im Bereich des Rettungsdienstes nicht vor. Insbesondere hätten die Leistungserbringer keine Befugnis, selbstständig auf öffentlich-rechtlichem Gebiet zu handeln.

Weiterhin verweist der Antragsteller auf aktuelle Entscheidungen des OLG Dresden vom 04.07.2008 - WVerG 3/08 und 4/08. Auch das OLG Dresden vertrete die Auffassung, dass Rettungsdienstleistungen aus der Natur der Sache heraus nicht hoheitlichen Charakter aufwiesen.

II.

Der Nachprüfungsantrag ist unzulässig.

Die Übertragung der Durchführung der Rettungsdienste (Notfallrettung und der qualifizierte Krankentransport) nach § 3 Abs. 2 RettDG LSA stellt keinen öffentlichen Auftrag im Sinne des § 99 Abs. 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) dar. Damit findet der Vierte Teil des GWB (§§ 97 ff.) für das hier streitgegenständliche Verwaltungsverfahren keine Anwendung.

Die Vergabekammer ist gemäß § 102 GWB sachlich nicht zuständig.

Im Einzelnen:

Gemäß § 99 Abs. 1 GWB sind öffentliche Aufträge entgeltliche Verträge zwischen öffentlichen Auftraggebern und Unternehmen, die Liefer-, Bau- oder Dienstleistungen zum Inhalt haben, und Auslobungsverfahren, die zu Dienstleistungsaufträgen führen sollen.

Die Notfallrettung und der qualifizierte Krankentransport sind nach der gesetzlichen Ausgestaltung im Land Sachsen-Anhalt jedoch nicht als Dienstleistung im Sinne der o. a. Vorschrift zu qualifizieren. Vielmehr werden neben den Trägern der Rettungsdienste auch die Leistungserbringer hoheitlich tätig (vgl. im Ergebnis ebenso OLG Naumburg vom 19.10.2000 Az.: 1 Verg 9/00, OLG Naumburg vom 21.03.2006 1 Verg 2/06 mit weiteren Nachweisen und der erkennenden Kammer vom 16.02.2006 Az.: VK 2 LVwA LSA 1/06 zum vormaligem Rettungsdienstgesetz vom 07.10.1993, das sich in den hier relevanten Vorschriften im Wesentlichen nicht geändert hat sowie 1. Vergabekammer des Landes Sachsen-Anhalt vom 18.06.2008 Az.: 1 VK LVwA 06/08, außerhalb von Sachsen-Anhalt OLG Düsseldorf vom 05.04. 2006 VII-Verg 7/06, OLG Celle vom 24.11.1999 13 Verg 7/99, BayObLG vom 28.05.2003 Verg 7/03, BayObLGZ 2003 Nr. 22, Brandenburgische OLG vom 09.09.2004 Verg W 9/04; andere Auffassung OLG Dresden vom 04.07.2008 – W Verg 3/08 und 4/08).

Nach § 2 Abs. 1 RettDG LSA sind die Leistungen des Rettungsdienstes als öffentliche Aufgabe im Rahmen der Daseinsvorsorge und Gefahrenabwehr anzusehen.

Die Aufgaben sind in § 2 Abs. 1-4 RettDG LSA noch näher definiert. Nach Abs. 2 dieser Vorschrift ist es Aufgabe der Notfallrettung, bei Notfallpatienten unverzüglich Maßnahmen zur Lebenserhaltung und zur Verhinderung schwerer gesundheitlicher Schäden einzuleiten

und durchzuführen. Aufgabe des qualifizierten Krankentransportes ist es, den betreffenden Personen nötigenfalls erste Hilfe zu leisten und sie mit besonderen Rettungsmitteln unter medizinischer Fachbetreuung zu befördern.

Des Weiteren haben die Träger des Rettungsdienstes nach Abs. 4 Vorkehrungen für einen Massenanfall von Verletzten und Erkrankten zu treffen. Dazu arbeiten sie bereichsübergreifend mit anderen Einsatzleitstellen, dem vertragsärztlichen Notfalldienst, Krankenhäusern und sozialen Diensten zusammen. (vgl. § 5 RettDG LSA).

Es handelt sich somit insgesamt um die Abwehr von besonders schweren Gefahren für Leib und Leben Einzelner als auch größerer Gruppen Betroffener. Dies ist ein herausgehobener Kernbereich staatlicher Tätigkeit.

In die Erfüllung dieser hoheitlichen Aufgabe sind die Leistungserbringer unmittelbar einbezogen. Dies ergibt sich aus dem Wortlaut des § 3 Abs. 2 RettDG LSA, wonach die Träger des Rettungsdienstes sich geeigneter Leistungserbringer bedienen sollen.

Das Tätigwerden der Leistungserbringer ist dem Träger des Rettungsdienstes wie Eigenes zuzurechnen (vgl. § 1 Abs 4 VwVfG).

Das unterscheidet den Rettungsdienst und den qualifizierten Krankentransport von anderen Aufgaben der Daseinsfürsorge, die sich vorrangig mit Leistungsbereichen beschäftigen, bei denen z. B. Bau-, Ver- und Entsorgungs- oder Kommunikationsleistungen beauftragt werden.

Außerdem ist der Rettungsdienst in Sachsen-Anhalt öffentlich-rechtlich organisiert.

Nach § 5 Abs. 1 - 4 RettDG LSA sind Einsatzleitstellen zu betreiben, die die Einsätze des Rettungsdienstes veranlassen und lenken. Nach § 6 RettDG LSA sind Rettungsdienstbereichspläne aufzustellen, die die Festlegungen zu den Standorten, den Einsatzbereichen und den Bereitschaftszeiten der Fahrzeuge umfassen.

Gemäß § 11 Abs. 1 RettDG LSA soll der Träger des Rettungsdienstes dem Leistungserbringer eine Genehmigung erteilen, die auch nachträglich mit Nebenbestimmungen versehen werden kann.

Nach § 11 Abs. 2 RettDG LSA wird die Anwendung der vergaberechtlichen Vorschriften lediglich in das Ermessen des Aufgabenträgers gestellt.

Würde es sich bei der Erteilung von Genehmigungen im Rettungsdienst und qualifizierten Krankentransport um einen öffentlichen Auftrag handeln, wäre die Anwendung des Vergaberechts ohne weiteres zwingend (vgl. OLG Naumburg vom 15.05.2006 1 Verg.2/06).

Der Landesgesetzgeber sah damit die Durchführung des Rettungsdienstes offensichtlich nicht als Marktleistung an.

Darüber hinaus verstößt die Einordnung des Rettungsdienstes als hoheitliche Aufgabe auch nicht gegen höherrangiges Recht.

Die Dienstleistungskordinierungsrichtlinie 92/50 EWG bzw. die Richtlinie 2004/18/EG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge gelten nicht für die Rettungsdienste im Land Sachsen-Anhalt. Diese Tätigkeit ist hier im Sinne von Art. 45 Satz 1 EG-Vertrag i. V. mit Art. 55 EG-Vertrag dauernd mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden.

Nach den angeführten Normen finden für solche hoheitliche Tätigkeiten in dem betreffenden Mitgliedsstaat die Regelungen des Kapitels 2 (Grundrecht der Niederlassungsfreiheit) und des Kapitel 3 (Grundrecht des freien Dienstleistungsverkehrs) dieses Vertrages keine Anwendung. Diese Ausnahme erstreckt sich auch auf die Vergabekoordinierungsrichtlinien, da diese in besonderem Maße der Gewährleistung der Grundfreiheiten dienen (vgl. Esch, Rechtsfragen der Erbringung und Vergütung rettungsdienstlicher Leistungen, 2005, S. 134).

Dabei liegt die Entscheidung über die Festlegung der Ausnahmetatbestände im Ermessen der Mitgliedsstaaten. Diesem Ermessensspielraum sind aber gemeinschaftsrechtliche Grenzen gesetzt, durch die verhindert werden soll, dass der EG-Vertrag seiner Wirksamkeit beraubt wird.

Die Tragweite der Ausnahmen beschränkt sich auf das, was zur Wahrung der legitimen Interessen des Mitgliedsstaates unbedingt erforderlich ist. Von der Ausnahme sind nur Tätigkeiten erfasst, die eine unmittelbare und spezifische Teilnahme an der Ausübung öffentlicher Gewalt darstellen (vgl. EUGH vom 21.06.1974, Rs. 2-74 – Rechtsanwälte; EUGH vom 05.12.1989, Rs. 3/88 - Datenverarbeitung; Scheuer in Lenz/Borchardt EU- und EG-Vertrag, Kommentar 3. Auflage 2003 Artikel 45 Rn. 3). Dies ist bei der Notfallrettung für lebensgefährlich Verletzte und Kranke und dem qualifizierten Krankentransport gegeben.

Es handelt sich insoweit um eine konkrete Maßnahme der Daseinsvorsorge und Gefahrenabwehr und damit um einen Kernbereich hoheitlichen Handelns. Dies gilt nicht nur für die Tätigkeit der Rettungsdienstleitstelle, sondern auch für die Durchführung des Rettungsdienstes selbst. Dieser ist in die Erfüllung der hoheitlichen Aufgabe direkt einbezogen. Allein die Leistungserbringer führen die Einsätze der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes praktisch durch.

Darüber hinaus ist die Ausübung hoheitlicher Gewalt dadurch gekennzeichnet, dass die Betroffenen über Jedermannsrechte hinausgehende Befugnisse verfügen.

Diese Voraussetzungen liegen im Fall der Rettungsdienste nach der gesetzlichen Ausgestaltung im Land Sachsen-Anhalt vor. Die Leistungserbringer dürfen nur aufgrund einer besonderen Genehmigung tätig werden.

Außerdem haben die Fahrzeuge des Rettungsdienstes Sonderbefugnisse nach der Straßenverkehrsverordnung. Gemäß § 35 Abs. 5a StVO sind die Fahrzeuge des Rettungsdienstes von der Straßenverkehrsverordnung befreit. Mit dem Einsatz von blauem Blinklicht und Einsatzhorn üben die Rettungsdienstleister gegenüber den Bürgern spezifisch staatliche Hoheitsprivilegien, so wie Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Zolldienst aus (§ 38 StVO Abs. 1 und 2). Durch den Einsatz von Blaulicht wird angeordnet, dass alle übrigen Verkehrsteilnehmer sofort den Rettungsfahrzeugen Vorrang einzuräumen haben (vgl. OLG Düsseldorf vom 05.04. 2006 VII-Verg 7/06). Diese Anordnung ist für die übrigen Verkehrsteilnehmer bindend. Es handelt sich insoweit nicht lediglich um eine kurzzeitige Befreiung von den Pflichten der StVO.

Weiterhin muss eine hoheitliche Tätigkeit auf Dauer gegenüber Bürgern erbracht werden. Dabei darf es den Berufsträgern nicht freistehen, mit den Bürgern in rechtliche Beziehungen zu treten (vgl. Martin Henssler und Matthias Kilian „Die Ausübung hoheitlicher Gewalt im Sinne des Art. 45 EG“, EuR – Heft 2 – 2005, S. 207).

Die Leistungserbringer sind fortwährend gegenüber Bürgern zur Sofortreaktion in Notfällen verpflichtet (vgl. § 2 Abs. 2 RettDG LSA). Dies gilt unabhängig von einer vorher einzuholenden Einwilligung der betroffenen Patienten. Anders könnten die Leistungserbringer ihre Aufgabe, in Notfällen unverzüglich Hilfe zu leisten, nicht erfüllen.

Zwar weist der Antragsteller zutreffend darauf hin, dass nach der Rechtssprechung des EuGH ein eigenverantwortliches und autonomes Handeln bei der Ausübung öffentlicher Gewalt erforderlich ist (vgl. EuGH Beschluss vom 20.10.2005 – Rs. C – 264/03 Rn. 51 - 54). Anders als der Antragsteller meint, ist dies jedoch bei den Rettungsdiensten des Landes Sachsen-Anhalt gegeben.

Es ist einzuräumen, dass die Einsatzleitstelle die Einsätze des Rettungsdienstes und des qualifizierten Krankentransportes lenkt und leitet (§ 5 Abs.2 RettDG LSA). In den Einsatzfällen haben die Leistungserbringer vor Ort jedoch einen großen eigenen Entscheidungsspielraum. So haben Sie am Ereignisort bei Verunglückten oder lebensbedrohlich Erkrankten unverzüglich über deren medizinische Versorgung und die zu treffenden weiteren Maßnahmen zu befinden. Auch während des qualifizierten Krankentransportes ist es ihre Aufgabe, nötigenfalls selbstständig erste Hilfe zu leisten und den Transport unter fachgerechter medizinischer Betreuung durchzuführen.

Das Rettungsdienstgesetz des Landes Sachsen-Anhalt räumt auch im Hinblick auf die Kostenermittlung den Leistungserbringern eine gewisse Selbstständigkeit ein. Sie vereinbaren nach § 12 Abs. 2 RettDG LSA gemeinsam mit dem Aufgabenträger und der

Gesamtheit der zuständigen Träger der Sozialversicherung die Benutzungsentgelte. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so sind die Leistungserbringer befugt, die Schiedsstelle, die im Land Sachsen-Anhalt eingerichtet wurde, anzurufen (§ 12 Abs. 3 RettDG LSA).

Schließlich kann sich die Antragstellerin nicht mit Erfolg auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 24.09.1998 (Rs. C-76/97) berufen. Gegenstand dieser Entscheidung waren durch privatrechtliche Verträge geregelte Beziehungen zwischen Krankentransport und österreichischen Trägern der Sozialversicherung. Der Sachverhalt stellt sich insoweit, wie dargelegt, bei den Beziehungen zwischen dem Trägern des Rettungsdienstes und den Leistungserbringern im Land Sachsen-Anhalt anders dar.

Der Antragstellerin wurde keine Akteneinsicht gewährt, da ein zulässiges Nachprüfungsverfahren nicht eröffnet war (vgl. Beschluss Thüringer OLG 6 Verg 3/99, S. 5, vom 26.10.1999, sowie Bayerisches Oberstes Landesgericht Verg 5/00, vom 28.07.2000).

Da die Vergabekammer nicht zuständig ist, erübrigt es sich, auf die von der Antragstellerin geltend gemachten Vergabeverstöße einzugehen.

Die Antragstellerin hat die fehlende Anwendung des Vergaberechtes nicht gerügt. Es bleibt an dieser Stelle offen, ob der Nachprüfungsantrag auch aus diesem Grund unzulässig wäre, wenn die Vergabekammer zuständig gewesen wäre.

Nach alledem war der Antrag zu verwerfen.

Auf eine mündliche Verhandlung wurde nach § 112 Abs. 1 Satz 3 GWB verzichtet, da allein aufgrund der Aktenlage die Unzulässigkeit des Nachprüfungsantrages festgestellt werden musste. Eine andere Bewertung hätte sich auch nach einer mündlichen Verhandlung nicht ergeben können.

Mit Verfügung vom 23.06.2008 hatte der Vorsitzende die Frist zur Entscheidung der Vergabekammer bis zum 15.07.2008 verlängert.

III.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 128 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3 Satz 1 GWB. Nach dieser Vorschrift hat ein Beteiligter die Kosten zu tragen, soweit er im Verfahren unterliegt. Vor

diesem Hintergrund ist die Antragstellerin als Unterliegende anzusehen, da ihr Antrag verworfen wurde.

Rechtsgrundlage für die Bemessung der Höhe der Gebühren ist § 128 Abs. 2 Satz 1 GWB. Danach bestimmt sich die Höhe der Gebühren nach dem personellen und sachlichen Aufwand der Vergabekammer unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedeutung des Gegenstandes des Nachprüfungsverfahrens.

Als wirtschaftlicher Wert wurden die Angebote der Unternehmen zugrunde gelegt, denen Genehmigungen erteilt wurden. Danach ergäbe sich unter Zugrundelegung der Gebührentabelle der Vergabekammer ein Richtwert von ... €.

Es kann von diesem Richtwert abgewichen werden, da von der Vergabekammer ausschließlich über die Zulässigkeit des Nachprüfungsantrages befunden werden musste. Unter Berücksichtigung des Aufwandes der Vergabekammer und in Hinblick darauf, dass weitergehende Sachprüfungen und eine mündliche Verhandlung nicht erforderlich waren, hält die 2. Vergabekammer aus Gründen der Billigkeit die Erhebung einer Gebühr in Höhe der Hälfte des Richtwertes für angemessen, mithin also ... €.

Nach § 128 Abs. 4 Satz 2 GWB hat ein Beteiligter die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung und Rechtsverteidigung notwendigen Aufwendungen des Antragsgegners zu tragen, soweit er im Verfahren unterliegt. Die Antragstellerin ist hier als Unterliegende anzusehen.

Die ehrenamtliche Beisitzerin, Frau Steinforth, hat den Vorsitzenden und den hauptamtlichen Beisitzer der Vergabekammer ermächtigt, den Beschluss allein zu unterzeichnen. Ihr lag dieser Beschluss hierzu vor.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Entscheidung kann das Oberlandesgericht Naumburg, Domplatz 10, 06618 Naumburg, innerhalb einer Frist von zwei Wochen, die mit der Zustellung dieser Entscheidung beginnt, schriftlich angerufen werden.

Die sofortige Beschwerde ist zugleich mit ihrer Einlegung zu begründen.

Die Beschwerde muss die Erklärung, inwieweit die Entscheidung der Vergabekammer angefochten und eine abweichende Entscheidung beantragt wird, sowie die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten.

Die Beschwerdeschrift muss durch einen zugelassenen Rechtsanwalt unterzeichnet sein. Dies gilt nicht für Beschwerden von juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

Oanea

Winklhofer